



Antrag

Vorlage: AT/0043/2025		Datum: 11.04.2025	
Verfasser:	004-Ratsfraktion AfD	Az.:	
Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Errichtung einer Gedenktafel und umfassende Erinnerungsarbeit für das Kriegsgefangenenlager Koblenz-Lützel (Mai bis November 1945)			
Gremienweg:			
08.05.2025	Stadtrat	☐ einstimmig	☐ mehrheitl.
		☐ abgelehnt	☐ Kenntnis
		☐ verwiesen	☐ vertagt
	TOP	☐ Enthaltungen	☐ Gegenstimmen
	öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt,

1. Eine Gedenktafel an zentraler Stelle im Bereich des ehemaligen Lagers aufzustellen. Mögliche Standorte sind die Kleingartenanlage „Sonnenland“ oder ein anderer öffentlich zugänglicher Ort in der Nähe des historischen Lagerareals. Die Tafel soll sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch verfasst sein und die wesentlichen historischen Fakten, die Lebensbedingungen sowie die Bedeutung des Lagers für die Nachkriegsgeschichte enthalten.
2. Initiativen aus der Bürgerschaft aktiv zu unterstützen, die sich mit der Aufarbeitung der Geschichte des Lagers befassen. Ein Beispiel könnte die Kooperation mit Schulen, Vereinen oder der Landeszentrale für politische Bildung sein.
3. Eine Kooperation mit Universitäten und Forschungsinstituten anzustreben, um die Geschichte des Lagers systematisch zu erforschen. Dabei könnte auch die Digitalisierung von Dokumenten und Zeitzeugenberichten eine Rolle spielen.
4. Ergänzend zur Gedenktafel eine digitale Plattform zu beschaffen, die historische Informationen, Fotos und Zeitzeugenberichte zugänglich macht. Diese sollte besonders jüngere Generationen ansprechen und die Reichweite der Erinnerungsarbeit erhöhen.

Begründung:

1. Historischer Hintergrund

Im Jahr 1945, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, richteten die alliierten Streitkräfte entlang des Rheins mehrere Kriegsgefangenenlager ein, die unter dem Sammelbegriff „Rheinwiesenlager“ bekannt wurden. Diese Lager dienten der Internierung deutscher Soldaten und, in einigen Fällen, Zivilisten. Das Lager Koblenz-Lützel (PWTE A-10) erstreckte sich über ein großes Areal, das sich vom nördlichen Bereich der Falckenstein-Kaserne entlang der Bonner Straße bis hin zur Kleingartenanlage „Sonnenland“ zog. Zeitzeugen berichten von katastrophalen Lebensbedingungen: mangelhafte hygienische Verhältnisse, Hunger und medizinische Unterversorgung prägten den Alltag der bis zu 80.000 Gefangenen, die zeitweise unter freiem Himmel kampierten. Am 10. Juli 1945 wurde das Lager an die französische Besatzungsmacht übergeben, die Belegungszahl betrug zu diesem Zeitpunkt etwa 21.200 Personen. Viele der Gefangenen wurden in Arbeitskommandos integriert und leisteten Aufbauarbeit. Bis heute ist die genaue Zahl der Opfer nicht bekannt, es wird jedoch von zahlreichen Todesfällen durch Unterernährung, Krankheit und Gewalt berichtet.

Besonders hervorzuheben sind Berichte über die Unterstützung der Gefangenen durch die Zivilbevölkerung. Trotz des strikten Verbots der amerikanischen Militärregierung, Gefangene direkt mit Lebensmitteln zu versorgen, gab es Bestrebungen, den Hunger zu lindern. Spenden konnten ausschließlich an der Langemarck-Kaserne abgegeben werden. Bürgermeister Lanter rief im Juni 1945 zudem dazu auf, Musikinstrumente für die Gefangenen bereitzustellen, um die Lebensumstände zumindest minimal zu verbessern. Zeitzeugen berichten jedoch auch von vielen Todesfällen infolge von Unterernährung und Krankheit, wie auch von tödlich endenden Fluchtversuchen. Die primitiven Lagerbedingungen waren geprägt von improvisierten Unterkünften, die zunächst aus freiem Himmel, später aus Zelten oder Wellblechbaracken bestanden. Latrinen und einfache „Ehrenkäfige“ dienten als Strafeinrichtungen. Diese Umstände illustrieren die schwierigen Verhältnisse im Lager.

2. Bestehende Aufarbeitung und Defizite

Nach einer erneuten Anfrage der AfD-Ratsfraktion Koblenz wurde bestätigt, dass weiterhin weder weiterführende Forschungen durchgeführt noch Maßnahmen zur historischen Aufarbeitung oder Erinnerung umgesetzt wurden. Dies zeigt, dass trotz der ursprünglichen Anfrage von Joachim Paul (AfD) an die Landesregierung (– Drucksache 18/7356 –), in der bereits Defizite in der wissenschaftlichen Aufarbeitung festgestellt wurden, bislang keine Fortschritte erzielt wurden.

Die Beschlussvorlage vom 14.06.2017 zur Errichtung eines Denkmals für das Kriegsgefangenenlager in Koblenz-Lützel wurde zwar erstellt, jedoch vertagt und seither offenbar nicht weiterverfolgt. Dies hinterlässt eine empfindliche Lücke in der Erinnerungskultur der Stadt Koblenz.

3. Umsetzung und Finanzierung

Die Umsetzung des Projekts könnte schrittweise erfolgen:

- Phase 1: Kontaktaufnahme mit relevanten Institutionen, wie der Landeszentrale für politische Bildung und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, um Unterstützung und Expertise einzuholen.
- Phase 2: Erstellung eines detaillierten Konzepts für die Gedenktafel in Zusammenarbeit mit Historikern und Grafikern.
- Phase 3: Finanzierung durch Mittel des Kulturdezernats, ergänzt durch Fördergelder von Stiftungen oder Spendenkampagnen.

Die geschätzten Kosten für die Gedenktafel belaufen sich gemäß der Beschlussvorlage von 2017 auf 605 EUR (Variante 1: Ständeranlage Aluminium) bis 1.180 EUR (Variante 2: Cortenstahl). Zusätzliche Kosten könnten für die Erstellung digitaler Inhalte und die wissenschaftliche Forschung anfallen.

4. Fazit

Im Kontext der Koblenzer Erinnerung: "80 Jahre Kriegsende und Befreiung" gewinnt die Errichtung eines Denkmals noch größere Bedeutung. Sie ermöglicht es, auch die andere Seite der "Befreiung" zu beleuchten und ein differenziertes Bild der Geschichte darzustellen. Während der Fokus häufig auf den deutschen Tätern liegt, soll mit dieser Gedenkarbeit verdeutlicht werden, dass es in den Nachkriegswirren auch deutsche Opfer gab. Eine solche Erinnerungskultur trägt dazu bei, eine ausgewogene historische Betrachtung zu fördern und ein rein schwarz-weißes Bild der Geschichte zu vermeiden. Es sind wesentliche Schritte, um die Erinnerung an die Opfer zu bewahren und ein Zeichen für die Bedeutung der historischen Auseinandersetzung zu setzen. Die AfD-Ratsfraktion bittet die Verwaltung diesen Antrag wohlwollend zu prüfen und die notwendigen Schritte für die Umsetzung einzuleiten.

Finanzielle Auswirkungen: nach Beratung.

Auswirkungen auf den Klimaschutz: keine.